

Der Exodus der tunesischen Jugend

Die Jungen sehen trotz der Revolution keine Zukunft in Tunesien — viele gingen gerne nach Europa, andere reisen nach Syrien

Wirtschaftsprobleme und Sinnkrise setzen jungen Tunesiern zu. Viele träumen von Europa, doch auch jihadistische Netzwerke haben bei manchen Erfolg.

Monika Bolliger, Tunis

«West Side» heisst das Lokal an der Corniche im schicken Berges-du-Lac-Viertel von Tunis, in dem wir die Eltern eines Jihadisten treffen. Sie sind dezent elegant gekleidet, er im grauen Sakko mit feiner Brille, sie im marineblau gestreiften Oberteil mit eleganter Handtasche — ein sympathisches älteres Ehepaar aus der gebildeten Mittelschicht, das man in diesem Aufzug genauso gut in einem Café in Paris oder Rom hätte antreffen können. Als die Mutter zu erzählen beginnt, wird sie zuerst von Gefühlen übermannt; sie entschuldigt sich einen Moment. Während sie ihre Tränen trocknet und ihre Sonnenbrille aufsetzt, beginnt ihr Mann mit leiser, gefasster Stimme zu sprechen.

Bart statt lange Haare

«Es ist keine Frage des Geldes. Es geht um Ambitionen», versucht er einleitend zu erklären. Sein Sohn, nennen wir ihn Zied, ist gelernter Informatiker und hatte eben einen ganz anständig bezahlten ersten Job in Tunis gefunden, so die Eltern. Doch eines Tages schickte er ihnen ein SMS, dass er in Syrien sei. Das war vor zwei Jahren, damals war er 25. Er hatte seinen Eltern im Vorfeld gesagt, er wolle für drei Monate in die Türkei, um syrischen Flüchtlingen zu helfen. Bis heute schickt er ihnen etwa einmal im Monat eine Nachricht. Sie wissen nicht genau, wo er ist oder welcher Gruppierung er sich angeschlossen hat. Und sie bedauern bereits, den Weggang des Sohnes dem Innenministerium gemeldet zu haben. Denn sollte er es bereuen und zurückkommen wollen, würde ihn eine harsche Strafe erwarten.

Zied war immer fröhlich, erzählt die Mutter, die sich wieder gefasst hat. Er spielte in einer Band, hatte lange Haare, traf Freunde in den Cafés. Er hatte einen guten Schulabschluss, war intelligent und ambitioniert. Er träumte davon, nach Kanada auszuwandern und dort sein Studium fortzusetzen. Bei der Revolution 2011 war er zuvorderst dabei und hielt ein Transparent, auf dem stand «Voilà notre arme - schaut, hier ist unsere Waffe.» Gemeint war der friedliche Protest. Eine erste moralische Enttäuschung erlebte er, als er eigenhändig ein Betriebssystem für Bankautomaten entwickelte und dieses einer Bank anbot. Die Bank weigerte sich, ihn dafür zu bezahlen, übernahm das System aber trotzdem. Der Auslöser von Zieds religiösem Wandel war jedoch der Tod seines besten Freundes, der bei einem Unfall ums Leben kam.

Die Mutter nimmt ein graues Etui aus der Tasche und zieht daraus zwei Fotos hervor. Sie zeigen Zied, ehe er verschwand. Auf dem ersten Bild ist er rasiert, auf dem zweiten trägt er einen Bart. «Er war auf Sinnsuche», sagt der Vater. Zied las das Buch «Folge deinen Träumen» eines griechisch-belgischen Selbstfindungs-Gurus namens Antoine Filissiadis. Er begann, die Moschee zu besuchen. Er erzählte von einer Vereinigung türkischer Geschäftsleute in Tunis. Von der radikalen Indoktrinierung ihres Sohnes habe man nichts bemerkt, obwohl man offen auch über seine neue Religiosität diskutiert habe. Der Sohn wurde offenbar instruiert, gewisse Dinge nicht zu Hause zu erzählen.

Zieds Vater meint, die jungen Tunesier hätten ein Bewusstsein für die globalisierte Politik entwickelt, und aus ihrer Perspektive nehme sich der Westen alles heraus, führe ungestraft Kriege und reserviere die wirtschaftlichen Privilegien und den Anspruch, zivilisiert zu sein, für sich allein. Der globale Jihadismus wäre aus dieser Sicht eine Art Gegenbewegung. «Die Jungen hatten die Erfahrung, in zwei Wochen den



Der 37-jährige Wissam arbeitet im Coiffeursalon eines Freundes in Zarzis.



Ein Strand in der Nähe von Zarzis, von dem aus viele junge Männer versuchten, nach It

JONAS OPPERSKALSKI / LAIF

Präsidenten gestürzt zu haben. Vielleicht dachten jene, die nach Syrien gingen, dass sie die Welt verändern könnten», meint Zieds Vater.

Beobachter sprechen von einer Krise der arabisch-muslimischen Gesellschaften, die der jihadistischen Ideologie zu wenig entgegenzusetzen hätten. Nachdem Zied zusammen mit sieben anderen jungen Männern heimlich nach Syrien gereist war, wollten die Eltern die türkische Vereinigung aufsuchen, von der ihr Sohn sprach. Doch diese war aufgelöst worden, niemand war aufzufinden.

Tunesien verlassen wollte auch Wissam, ein junger Coiffeur aus der kleinen Küstenstadt Zarzis im Süden. Allerdings sollte die Reise nicht nach Syrien, sondern nach Frankreich gehen. Von den Jihadisten hält er gar nichts.

Gekenterte Kollegen

Wissam ist immer noch in Zarzis. Das Boot, das ihn nach Europa hätte bringen sollen, stiess mit einer tunesischen Fregatte zusammen und sank. Über hundert junge Tunesier seien an Bord gewesen, alle aus derselben Region, und über zwanzig seien ums Leben gekommen, erzählt Wissam. Er trägt ein Fussballtrikot der lokalen Mannschaft und sitzt im Coiffeursalon, in dem er arbei-

tet. Kundschaft ist keine da. Den Traum von Europa hat er nicht aufgegeben, aber er will nur noch auf dem legalen Weg reisen. Einen zweiten Schiffbruch will er nicht riskieren.

Viele seiner Freunde seien in Frankreich, die ganze Jugend hier sei ausgewandert nach der Revolution, sagt er. Hier gebe es keine Arbeit, keine Zukunft. Er versucht die Ausreise jetzt via Visumsanträge. Besonders optimistisch, dass es klappt, ist er nicht. «Aber was soll ich tun?», fragt er. Eine europäische

Frau habe er auch nicht gefunden, sagt er lachend. Die Alten verstehen ihn nicht. «Die Jungen wollen immer mehr und glauben, Europa sei eine Art Eldorado», sagt Tar Labiad, der ehemalige Gemeindepräsident von Zarzis. Auch er hat zwei Kinder, die in Frankreich leben. Dass der Arbeitsmarkt nicht viel zu bieten hat, räumt auch er ein. Während das Landesinnere und der Süden seit Jahrzehnten vernachlässigt wurden, leidet nun auch die Küstenregion — am Ausfall von Touristen.

Umstrittene Gesetze zur Terrorbekämpfung

bol. • Zwei umstrittene Gesetze sind derzeit in Tunesien im Rahmen der Sicherheitsdiskussion in Arbeit: ein Gesetz zur Terrorbekämpfung und ein Gesetz gegen Übergriffe auf die Sicherheitskräfte. Beide Gesetzesentwürfe werden von Menschenrechtsorganisationen heftig kritisiert, stossen aber in der Bevölkerung insbesondere seit dem Attentat auf das Bardo-Museum im März dieses Jahres auf breite Zustimmung.

Das Terrorgesetz enthält eine sehr vage Definition von Terrorismus, welche harmlose Akte wie die Behinderung des öffentlichen Verkehrs durch Proteste mit einschliessen könnte. Zudem soll für Terroristen die Todesstrafe wieder zum

Zug kommen. Das Sicherheitsgesetz macht jegliche Veröffentlichung sicherheitsrelevanter Informationen oder die Verunglimpfung der Sicherheitskräfte strafbar und sieht keinen Schutz für Journalisten oder Whistleblower vor. Es gewährt den Sicherheitskräften weitgehend Straflosigkeit, wenn sie sich gegen Übergriffe verteidigen, auch wenn jemand getötet wird. Bereits jetzt berichten Medien ständig von der Aushebung von Terrorzellen und vom Töten von Terroristen, über Untersuchungen und Verfahren wird aber wenig bekannt. Die Gefahr der politischen Instrumentalisierung ist gross, wenn die Gesetze in dieser Form verabschiedet werden.

Einfache Erklärungen für die Abwanderung junger Tunesier gibt es nicht. Wissam und Zied haben wenig gemeinsam, ausser dass sie zur Überzeugung gelangt sind, dass sie sich in ihrer Heimat nicht verwirklichen können, und dass sie damit nicht allein sind. Zehntausende haben sich seit 2011 mit Booten nach Europa abgesetzt, und rund 3000 kämpfen laut Schätzungen in Syrien und im Irak.

Die grosse Mehrheit stammt aus den vernachlässigten Gebieten und armen Schichten, aber es gibt auch unter den privilegierten Jungen einzelne, oft psychisch fragile Fälle — so wie Zied, dessen Wandel eher dem Werdegang junger europäischer Jihadisten ähnelt. Die Zahl der tunesischen Jihadisten ist ungleich kleiner als die Zahl jener, welche von Europa träumen, aber dennoch im internationalen Vergleich hoch.

Ein Minimum an Vertrauen

Die tunesische Jugend, bei der Revolution von 2011 an der vordersten Front, nimmt am Übergang zur Demokratie kaum teil und fühlt sich von der Regierung nicht repräsentiert. Der 88-jährige Präsident Essebsi diente schon unter dem alten Regime, und er ist in der Regierung nicht der Einzige. Manche Tunesier sprechen sogar von einem sanften «Revival» des alten Regimes. Laut einer Studie der Weltbank vertrauen nur 8,8 Prozent der jungen Bevölkerung auf dem Land und 31,1 Prozent in städtischen Gebieten dem politischen System. In der Classe politique sind junge Tunesierinnen und Tunesier kaum vertreten, die alten Eliten haben trotz Lippenbekenntnissen wenig für ihre Integration unternommen.

Der Journalist und Blogger Thameur Mekki meint, dass die unter dem autoritären Staatschef Ben Ali jahrzehntelang unterdrückten und nun leidenschaftlich ausgetragenen ideologischen Debatten zwischen Säkularisten und Islamisten von sozioökonomischen Problemen ablenkten. Mit dem wachsenden Problem des Jihadismus stehe die Sicherheitsfrage im Vordergrund, soziale und wirtschaftliche Anliegen würden weiter marginalisiert, konstatiert Mekki. Darunter leidet die Jugend am meisten; die schon vorher grassierende Jugendarbeitslosigkeit und die Korruption haben nach der Revolution noch zugenommen und auch die Klagen über polizeiliche Willkür.

Nachdenklich stimmt in diesem Zusammenhang etwa der Fall des jungen Rappers Marwan al-Dwiri, der wegen angeblichen Besitzes von Marihuana verhaftet wurde. Er selber sagte, er werde verfolgt, weil er in seinen Liedern Polizeigewalt und Korruption anprangere. In der Haft radikalisierte er sich. Danach reiste er nach Syrien in den Jihad.

Sicherheitskräfte unantastbar

Mit den Problemen der Jugend, die sozioökonomischer Art sind und zugleich mit abstrakteren Bedürfnissen wie Identität, Würde und Lebenssinn zusammenhängen, ist Tunesien in der arabischen Welt nicht allein. Der Analytiker Michael Ayari von der International Crisis Group meint aber, in Tunesien seien die Widersprüche stärker sichtbar und die Identitätskrise akuter.

Ayari kritisiert, dass die Regierung nur mit Sicherheitsmassnahmen reagiere, und spricht die neue Gesetzgebung zur Terrorbekämpfung an, an der die Regierung arbeitet. In der jetzigen Form würden Sicherheitskräfte nahezu unantastbar und Terrorakte würden unverhältnismässig breit definiert.

«Die Jugend darf nicht das Ziel einer Politik gegen den Terror sein, sie braucht eine Politik der Einbindung», sagt Ayari. «Die Jugend fühlt sich angegriffen und stigmatisiert; wer einst an der vordersten Front der Revolution war, ist heute vergessen.» Doch nach dem Attentat im Bardo-Museum ist die Bereitschaft der Bevölkerung für die Beschneidung von Rechten im Namen der Terrorbekämpfung gross.